

# So geht es nicht weiter

## Bettelarm und steinreich – weltweit und bei uns

### Die UNO-Millenniums-Erklärung wurde nicht umgesetzt

Am 8. September 2000 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Konsens die Millenniums-Erklärung angenommen. Darin heisst es: «Wir werden keine Mühen scheuen, um unsere Mitmenschen – Männer, Frauen und Kinder – aus den erbärmlichen und entmenslichenden Lebensbedingungen der extremen Armut zu befreien, in der derzeit mehr als eine Milliarde von ihnen gefangen sind. Wir sind entschlossen, das Recht auf Entwicklung für jeden zur Wirklichkeit werden zu lassen und die gesamte Menschheit von Not zu befreien.»

Schon heute – zwei Jahre vor Ablauf der gesetzten Frist – ist klar, kein einziges Millenniumsziel kann erreicht werden; insbesondere gelingt die Halbierung der Armut nicht. Dabei hatten die Staats- und Regierungschefs damals versprochen: «Wir sind entschlossen, ein offenes, faires, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes multilaterales Handels- und Finanzsystem zu schaffen. Die heutigen nicht zukunftsfähigen Produktions- und Konsumstrukturen müssen im Interesse unseres künftigen Wohls und des Wohls unserer Nachfahren geändert werden.»

### Durchgesetzt hat sich ein Vampir-Finanzkapitalismus

Die reale Entwicklung ist ganz anders verlaufen. Durchgesetzt hat sich ein Vampir-Finanzkapitalismus, in dem sich einige Wenige auf Kosten aller anderen und des Gemeinwohls immer unverschämtere Gehälter, Entschädigungen, Prämien und Boni zugeschanzt haben. Wohl noch nie in der Geschichte der Menschheit hat sich die Schere von Einkommen und Vermögen zwischen reich und arm stärker geöffnet als in den letzten anderthalb Jahrzehnten – weltweit, aber auch bei uns.

Auch die so genannte internationale Finanzkrise hat daran nichts geändert, im Gegenteil. Ihre 'Bewältigung' – faktisch unter dem Diktat des Internationalen Währungsfonds – bestand und besteht im Wesentlichen darin, die Ansprüche der Kreditgeber zu schützen – unter dem Etikett «Bankenrettung». Zur Kasse gebeten werden auf der einen Seite die einfachen Leute, denen Löhne, Renten und soziale Sicherungen gekürzt oder gestrichen werden. Auch die Öffentliche Hand wird beschädigt bis abgeschlagen: Von Staatshaushalten werden Sozial-, Gesundheits- und Bildungsausgaben

**BETTELARM  
UND STEINREICH**

**WELTWEIT  
UND BEI UNS  
«SO GEHT ES NICHT WEITER!»**

**FRIEDENSWEG 2013 AM BODENSEE  
OSTERMONTAG, 1. APRIL | 10–16:15 UHR**

amputiert. Mit Privatisierungen findet ein einmaliger Raubzug auf die öffentlichen Vermögen statt und wird der

Service public demontiert. Alles, um die Interessen und Vermögen der Reichen zu schonen und zu schützen.

### Das muss sich ändern:

\* Es darf nicht mehr sein, dass **geraubtes Volksvermögen, Fluchtgelder, ebenso wie Bestechungsgelder und Gewinne aus Menschen-, Drogen- und Waffenhandel Eingang ins Bankensystem finden und dank dem Schutz von Bankgeheimnissen gehortet und gewaschen werden können.**

\* Es darf auch nicht mehr sein, dass **immense virtuelle Geldmengen im Sekundentakt rund um den Globus gejagt werden und im Vorbeiflug reale Werte zerstören – zum Profit einiger Finanzhaie und zum Schaden ganzer Volkswirtschaften.**

\* Zu einem fairen multilateralen Handels- und Finanzsystem gehört, dass der Spekulation mit Nahrungsmitteln ein für allemal ein Riegel geschoben wird.

\* **Ruinöser Steuerwettbewerb wie Steuerflucht kann letztlich nur durch ein funktionierendes Regelwerk im Rahmen der Vereinten Nationen wirkungsvoll bekämpft werden.**

\* **Es geht um die Lösung der Schicksalsfragen der Menschheit: Armutsbekämpfung, Schulbildung für alle, Gesundheits-, Kinder- und Mutter-schutz, Gleichstellung, Nachhaltige Entwicklung. Dazu kommen Abrüstung und kollektive Friedenssicherung, Umsetzung und Schutz der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, wie auch der Schutz und die Betreuung der weltweit über 40 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen.**

«Spurgruppe» des Friedenswegs 2013: Arne Engeli, Walter Frei, Helmut Luz, Marielle Manahl, Silvio Roduner, Rainer Schmid, Barba-

ra Stoller, Elisabeth Tröndle, Angela Tsering, Judith Vuillemin. Redaktion dieses Aufrufs: Ruedi Tobler, Layout: Peter Weishaupt.

### EU muss sich vom Gängelband des IWF lossagen

Letztes Jahr ist die Europäische Union mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden – ein umstrittener Entscheid. Sie ist zwar nach dem Zweiten Weltkrieg als Friedensprojekt gegründet worden und hat sich erhebliche Verdienste um eine friedliche Entwicklung des europäischen Subkontinents erworben. Aber die Europäische Union steckt heute mitten in ihrer grössten Herausforderung. In der Bewältigung der sogenannten Finanzkrise muss sie sich vom Gängelband des Internationalen Währungsfonds lossagen und sich von den neoliberalen Wirtschaftsdoktrinen emanzi-

Forum Solidarität und Spiritualität Ostschweiz SOSOS, [www.sosos.org](http://www.sosos.org)

Initiative gegen Waffen vom Bodensee [www.waffenvombodensee.com](http://www.waffenvombodensee.com)

Friedensinitiative Konstanz [www.friedensnetz.de/FIs/Inis.htm](http://www.friedensnetz.de/FIs/Inis.htm)

Internationaler Versöhnungsbund IFOR/MIR [www.versoehnungsbund.at](http://www.versoehnungsbund.at)  
[www.ifor-mir.ch](http://www.ifor-mir.ch)

Schweizerischer Friedensrat, Zürich [www.friedensrat.ch](http://www.friedensrat.ch)





# Geschichten verschiedenster Friedensinitiativen in Konstanz

pieren. Um Friedensstifterin zu sein, genügt es nicht, dafür zu sorgen, dass ihre Mitgliedsländer nicht mit ihren Armeen in die Nachbarländer einmarschieren. Und es genügt auch nicht, dass die Länder keinen Wirtschaftskrieg gegeneinander führen.

## Nicht der neoliberalen Wirtschaftsideologie opfern

Die Europäische Union muss sich gerade jetzt auf ihre soziale Verantwortung zurückbesinnen, um das Auseinanderbrechen insbesondere jener Gesellschaften zu verhindern, denen sie ihre 'Rettungspakete' aufgezwungen hat. Wenn sie das Wohlergehen der 'kleinen Leute' auf dem Altar der neoliberalen Wirtschaftsideologie opfert, macht sie sich bei ihnen unglaublich und sie werden sich nicht nur von der EU als Institution abwenden, sondern auch vom Vereinigten Europa als Idee. In einigen Staaten erreicht die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, Ausmasse, die mit jener in der Weltwirtschaftskrise im letzten Jahrhundert vergleichbar sind. Mit ihrer Austeritätspolitik hat die EU diesen Menschen keine Perspektive anzubieten und mit dem Abbau von sozialen Sicherungen verstösst sie sie regelrecht. Als Alternative bietet sich ihnen ein Ultrationalismus bis Faschismus an, dessen Anwachsen in etlichen Ländern mehr als nur besorgniserregend ist. Vor achtzig Jahren wurden in Deutschland Adolf Hitler und die Nationalsozialisten an die Macht gehievt. Wir sind heute aufgerufen, zu verhindern, dass sich diese verhängnisvolle Geschichte wiederholt. Die Europäische Union muss ein soziales Europa und eine gerechte Weltordnung aufbauen. Dann hat sie den Friedensnobelpreis zu Recht erhalten.

## Um 900 Wiborada und Cilia

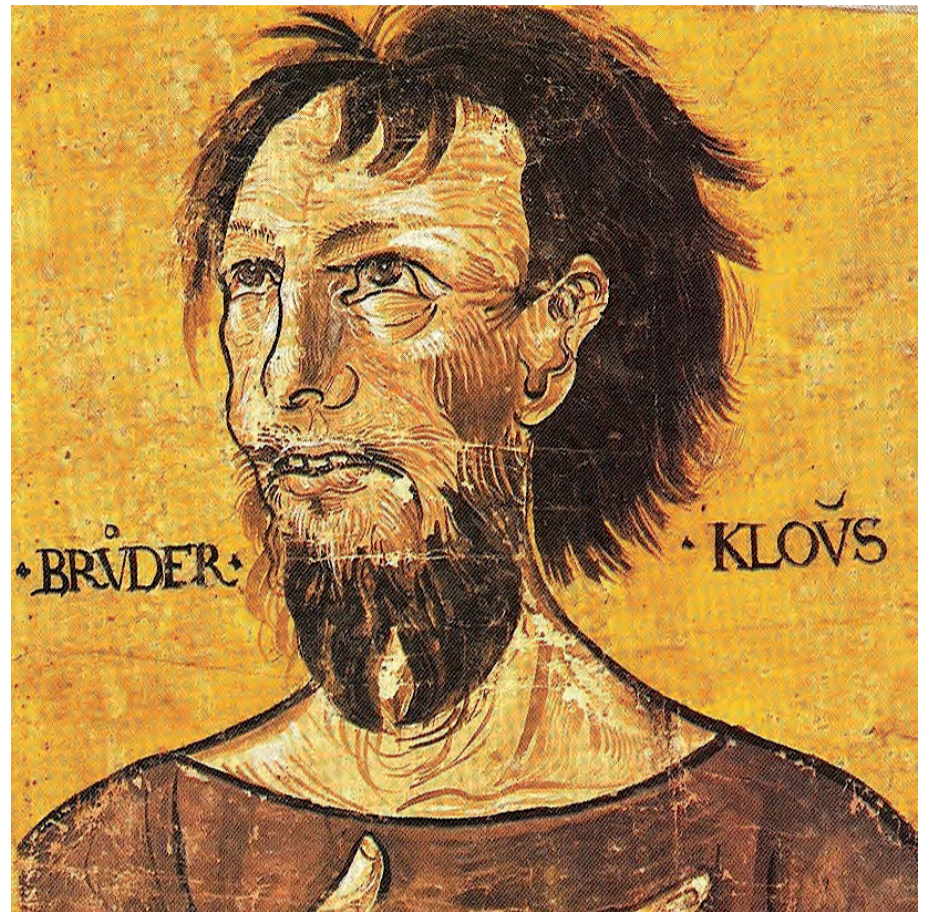
Wiborada war später in St. Gallen Mystikerin, Inklusin bei der Kirche St. Mangen, Visionärin, Ratgeberin, sie wurde Märtyrerin beim Ungarneinfall am 2. Mai 926. Der viel spätere (2.) Biograf Herimann XIV um 1075 berichtet von ihr, wie sie als junge Frau auf der Suche nach ihrem Lebensziel in Konstanz etwa um 800 auf die Inklusin Caecilia traf, genannt Cilia, welche durch das Fenster ihrer Klausur Geldhandel betrieb und dies nun auch der Wiborada empfahl, die aus adeligem Hause kam, jetzt in Armut lebte und bei ihr Rat suchte. Dabei zog Cilia ein Kästchen mit Münzen hervor und sagte: «Nimm dieses Geld, Schwester; ich habe es von vielen Leuten als Spende bekommen. ... Leihe du es an die Reichen in der Stadt, dann lass es dir mit Zins zurückzahlen.» Aber Wiborada antwortete sehr verwundert: «... der Apostel (Paulus) droht den Zinsnehmern (oder besser: den Geizhalsen, denn Geiz ist ja nichts anderes als die Gier nach Geld), es gebe für sie 'keinen Anteil am Reich Gottes'.»

## 1043 Konstanzer Gottesfrieden

An der Reichsversammlung 1043 im Münster Konstanz verkündete Kaiser Heinrich III (1017 – 1056) den mittelalterlichen «Gottesfrieden», um das ungezügelt Fehdewesen einzudämmen und die Privilegien des Adels zu beschränken. Die Idee des Gottesfriedens (Pax Dei, Treuga Dei = 'Waffenruhe Gottes') bildete das Ergebnis der Zusammenarbeit von weltlicher und geistlicher Macht und stellt die Anfänge einer europäischen Friedensbewegung dar.

## 1482 Rat von Bruder Klaus

Zum Umfeld von Konstanz hatte auch der Thurgau gehört, bis er 1460 von den Eidgenossen erobert und zum eigenen Untertanenland gemacht wurde. Die Eidgenossen beanspruchten in ihrer neuen Vogtei Thurgau aber auch noch die finanziellen Nutzen der Landgerichte. Konstanz fühlte sich total übergangen und führte deswegen Anfang 1482 einen Briefwechsel mit dem 65-jährigen Niklaus von der Flüe, der jetzt als Klausner im Ranft an der Melchaa lebte. Der inzwischen allseitig hochverehrte Bruder Klaus antwortete: «Mein Rat ist, dass Ihr grosszügig seid, denn ein Gutes gibt stets das andere. Wenn die Angelegenheit aber nicht freundschaftlich geregelt werden kann, dann wendet den Rechtsweg als letztes Mittel an.»



## 1506 Zwingli und der Bischof von Konstanz

Der humanistische Gelehrte Hugo von Hohenlandenberg (1460 – 1532), seit 1496 Priester wie auch Bischof von Konstanz, weihte im September 1506 den 22-jährigen Toggenburger Ulrich Zwingli (1484 – 1531) im Dom zu Konstanz zum Priester. 14 Jahre später wurde Zwingli 1520 Reformator in Zürich und nannte sich Huldrych. Er bat seinen Bischof Hugo am 2. Juli 1522, das erst 1139 eingeführte Pflichtzölibat für Priester wieder aufzuheben. Das schriftliche Postulat aus Einsiedeln war mit zehn weiteren Unterschriften versehen. Diese Geistlichen seien «mit Gott fest entschlossen, ohne Unterlass das Evangelium zu predigen», und verlangten gerade deshalb die Freigabe der Priesterehe; «Glückliches, unbesiegbares Geschlecht der Landenberger, wenn Du als erster unter allen deutschen Bischöfen die Heilung verwundeter Gewissen in die Hand nimmst! Welche Historiker könnten je davon schweigen?!» Bischof Hugo lehnte das Postulat von Zwingli und Freunden jedoch ab.

## 1879 Weltsprache Volapük

Von 1889 bis 1912 befand sich an der Schottenstr. 37 das «Weltsprache-Zentralbüro» des katholischen Priesters Johann Martin Schleyer (1831 – 1912). Er schuf nach einer schlaflosen Nacht am 31. März 1879 aus den sechs Weltsprachen Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Russisch eine Kunstsprache, er nannte sie

Volapük. Schleyer, mit seiner «Weltsprache Volapük» ein Vorreiter der Völkerverständigung, verschickte von hier sein «Weltspracheblatt» und seine Lehr- und Wörterbücher, seine religiöse Lyrik und Lebensweisheiten in viele Länder.

## 1914 Erste Internationale Konferenz der Kirchen für Frieden

In den Tagen von Mobilmachungen und Kriegserklärungen trafen sich am Samstag 1. August 1914 nicht erwartete 153, aber doch noch etwa 80 Delegierte aus 12 Ländern und 30 Konfessionen im Inselhotel Konstanz zur ersten internationalen Konferenz der Kirchen für Frieden und Freundschaft. Die ökumenische Tagung musste am Montagmorgen abgebrochen werden, damit die Gäste noch sicher zur Grenze fahren konnten. Beim Abschied im Kölner Hauptbahnhof geben sich der britische Quäker Hodgkin und der deutsche lutherische Hofprediger Siegmund-Schultze das Versprechen, den Krieg oder Gewalt nicht zu rechtfertigen und die Saat des Friedens und der Liebe auszusäen, egal was die Zukunft bringen würde, und sich nie zu trennen, weil «sie eins in Christus sind». Daraus entstand 1919 der International Fellowship of Reconciliation IFOR. Zur IFOR-Hundertjahrfeier vom 1. – 3. August 2014 in Konstanz: [www.ifor-mir.ch/tag/ifor/](http://www.ifor-mir.ch/tag/ifor/)

Näheres zu diesen «Friedensinitiativen» bei [walterfrei@stgaller-geschichten.org](mailto:walterfrei@stgaller-geschichten.org)

VERANSTALTER  
FORUMSOSOS  
SPIRITUALITÄT UND SOLIDARITÄT  
RETREATS-SEMINARE-VERANSTALTUNGEN  
Friedensinitiative Konstanz

IFOR Schweiz MIR Suisse  
International Fellowship of Reconciliation - Swiss Branch  
Association internationale de réconciliation - Suisse suisse  
Internationaler Versöhnungsbund - Schweizer Zweig  
Schweizerischer Friedensrat  
Keine Rüstungsindustrie

### Informationen

– zum weltweiten **Aktionstag gegen die steigenden Militärausgaben** am 15. April 2013 unter: <http://demilitarize.org>  
– zur weltweiten Rüstungsentwicklung: [www.sipri.org](http://www.sipri.org)  
– zu den Organisationen für eine atomwaffenfreie Welt: [www.mayorsforpeace.org](http://www.mayorsforpeace.org), [www.iapmc.org](http://www.iapmc.org)

Berichte und Bilder von den Friedenswegen 2010 (Heiden), 2011 (Rorschach) und 2012 (Friedrichshafen): [www.sosos.org](http://www.sosos.org)

Dieses Informationsblatt ist beim Schweizerischen Friedensrat, Postfach 1808, CH-8021 Zürich erhältlich oder als PDF auf [www.friedensrat.ch](http://www.friedensrat.ch) ladbar.